Jubel. Ein letztes Mal treffen sich die Kämpfer der Farc vor dem Friedensschluss im Hinterland Foto: Luis Acosta/afp

HISTORISCH Der Friedensvertrag zwischen Farc-Rebellen und Regierung ist ein Plan für ein neues Kolumbien. Am Sonntag muss nur noch das Volk zustimmen. Aber das ist alles andere als sicher. Unterwegs in einem Land, das verlernt hat, in Frieden zu leben

Frieden oder Krieg

Freudentränen. Ganz in Weiß gekleidet sind die Menschen am vorigen Montag zur Unterzeichnung des Friedensvertrags gekommen Foto: Björn Kietzmann

AUS GRANADA, MEDELLÍN UND BOGOTÁ **SEBASTIAN ERB**

Die Autobombe explodierte kurz vor Mittag. Gloria Elsy Quintero passte damals als Tagesmutter auf ein Dutzend Kinder auf. Sie erinnert sich an den lauten Knall, wie die Wand schwankte, wie sie die Kinder abzulenken versuchte. Sie konnten nicht auf die Straße, bis zum nächsten Morgen nicht, weil überall Guerilleros waren, die die Stadt einnehmen wollten. „Es war fürchterlich", sagt sie.

400 Kilogramm Sprengstoff befanden sich in dem Fahrzeug, das vor der Polizeistation abgestellt worden war, die größte Autobombe, die je in Kolumbien detonierte. Im Zentrum des Städtchens wurden mehr als 150 Häuser zerstört, 23 Menschen starben. Der Anschlag am 6. Dezember 2000 in Granada, Antioquia, war einer der heftigsten der Farc, der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens.

Gloria Elsy Quintero ist heute 45 Jahre alt, eine schlanke Frau, die Haare zurückgebunden, sie trägt einen rosaroten Trainingsanzug. Der Anschlag von 2000 war nicht das Schrecklichste, was ihr passierte, ihr Bruder ist bis heute verschwunden. Im „Salón del Nunca Más" neben der Kirche zeigt sie auf eines der Fotos an der Wand, ein junger Mann schaut darauf etwas grimmig in die Kamera. „Nunca más", nie wieder. Gloria Elsy Quintero arbeitet als Vizepräsidentin der lokalen Opfervereinigung daran mit. Und ihr Thema ist jetzt das Thema im Land.

Es soll Frieden geben.

Vier Jahre haben die Farc und die kolumbianische Regierung verhandelt. Am Montag dieser Woche unterschrieben Präsident Juan Manuel Santos und Farc-Chef Rodrigo Londoño das endgültige Abkommen, sie benutzten dafür einen aus einer Patrone gefertigten Kugelschreiber. Noch ist es nicht in Kraft, erst wenn die Kolumbianer am Sonntag zustimmen. Und so diskutiert nun das ganze Land: Sí o no. Ja oder nein. Frieden oder Krieg.

Vor allem das „Sí" ist viel zu sehen. Auf großen Schildern an der Straße ein gelbes „Sí" auf blauem Grund: „Lasst uns jetzt den Krieg beenden"; als Button in den Nationalfarben: „Ja zum Frieden"; In einem Video singen sie „Sí, sí, Colombia". Popstars meldeten sich zu Wort, Schriftsteller, der Papst.

Da stellt man sich schon die Frage, wieso es Kampagnen braucht. Wer kann gegen den Frieden sein nach mehr als einem halben Jahrhundert Bürgerkrieg, zehntausenden Entführten und Verschwundenen, mindestens 340.000 Toten und mehr als 6 Millionen Binnenvertriebenen? Nach so viel Leid?

„Klar, ich werde mit Ja stimmen", sagt Gloria Elsy Quintero. Allein schon, dass die Farc die Waffen abgeben werde, sei ein großer Gewinn. Aber andere hier in Granada, das weiß sie genau, werden „Nein" ankreuzen.

Zweifel gibt es in ganz Kolumbien. „Unterstützen Sie das endgültige Abkommen zur Beendigung des Konflikts und die Schaffung eines stabilen und dauerhaften Friedens?", so lautet die Frage, die auf knapp 35 Millionen Stimmzettel gedruckt wurde. Wenn das Abkommen nichts taugt, was dann?

In Umfragen lag zuletzt das Ja-Lager vorn, aber entschieden ist nichts. Deshalb ist Claudia López nun ständig unterwegs. Zwischen Podiumsdiskussionen und Fernsehauftritten schickt sie kurze Nachrichten in die Welt, mehr als 500.000 Menschen folgen ihr auf Twitter.

Claudia López, 46, sitzt für die Alianza Verde im Senat, die Grünen. Sie ist keine Unterstützerin von Präsident Santos, ihre politischen Ansichten sind sehr unterschiedlich, bei der Umweltpolitik oder bei Steuerfragen. Beim Thema Frieden aber ist sie, wie fast alle Parteien im Parlament, eine Allianz mit ihm eingegangen. Sie kämpft für das „Sí".

Am Montag saß sie in Cartagena bei der Zeremonie unter dem blauen Himmel der Karibik, trug wie alle weiße Kleidung. Sie sah zu, wie Präsident Santos dem Farc-Chef – den er mit seinem bürgerlichen Namen ansprach und nicht mit dem Kampfnamen „Timochenko" – eine Anstech-Friedenstaube überreichte und ihm

Gloria Elsy Quintero Foto: S. Erb

die Tränen kamen, als er sagte: „Kolumbianer, die schreckliche Nacht ist vorbei." Und sie hat zugehört, wie der Farc-Chef alle Opfer des Konflikts um Entschuldigung bat.

Prinzip Wiedergutmachung

Claudia López kennt kein Kolumbien ohne die Farc. Als sie geboren wurde, hatte sich die Gruppe schon weit im Süden des Landes ausgebreitet. Aus einer kleinen Selbstverteidigungsgruppe marxistischer Bauern erwuchs eine Guerilla, die später – finanziert durch Lösegelderpressungen und Drogenhandel – rund die Hälfte Kolumbiens unter Kontrolle hielt. Von Anfang an heftig bekämpft von der Armee.

Dienstagnachmittag, im Saal des Stadtrats von Medellín singen alle die Nationalhymne. Claudia López, sie ist eine schmächtige Frau mit kurzen Haaren, setzt sich vorn auf den Drehstuhl. Es geht um „Die sechs Punkte des finalen Abkommens", ein ehemaliger Vizejustizminister neben ihr vertritt die „Nein"-Seite. Die beiden kennen sich aus der Studentenbewegung für eine verfassunggebende Versammlung.

Bevor es ins Klein-Klein geht, will sie erst mal deutlich machen, um was es überhaupt geht. Sie holt tief Luft. „Wir haben zum ersten Mal ein ernsthaftes, ausverhandeltes und erfüllbares Abkommen, um den Konflikt zu beenden. Noch nie hat die Farc angeboten, die Waffen niederzulegen. Da hat unsere Generation doch viel erreicht!"

Das Abkommen mit der Farc ist viel mehr als ein Friedensvertrag. 297 Seiten umfasst es, es liest sich wie ein Plan für ein neues Kolumbien. Es ist darin weniger die Rede davon, wer was falsch gemacht hat, sondern, was passieren soll. Eine Landreform etwa und die Bekämpfung des Drogenanbaus. Sondergerichte sollen die Verbrechen aller Seiten untersuchen.

Die Guerilleros gehen einen Deal ein: Sie geben die Waffen ab und dürfen dafür legal in die Politik. Die Exrebellen streiten nur noch als Partei – der Staat garantiert für ihre Sicherheit. Damit nicht wie in den 80er Jahren wie bei der Unión Patriótica reihenweise Mitglieder einer linken Partei von rechten Paramilitärs ermordet werden.

Claudia López mag die Farc nicht, betont sie immer wieder. Aber ihr ist eine Gruppe lieber, die Politik macht, als eine, die Menschen umbringt. Das Publikum im Saal ist tendenziell auf ihrer Seite. Und doch gibt es auch Applaus für ihren Diskussionspartner. Es wird keine richtige Reparation für die Opfer geben, sagt der, weil keine Höhe festgelegt wurde und die Farc behauptet, sie hätte kein Geld. Die Übergangsjustiz hält er für einen zu großen Bruch mit dem Rechtssystem.

Nach der Veranstaltung posiert López für ein paar Selfies und gibt Statements fürs Fernsehen. Man merkt, dass sie die Sätze schon oft gesagt hat: „Dieser Vertrag wird nicht alle Probleme in Kolumbien lösen, aber das Problem mit der Farc." Und: „Der Frieden ist auch für diejenigen, die mit Nein stimmen."

Dann wird sie in ein Büro geleitet, auf dem Tisch stehen Sonnenblumen. Ein Parteifreund erzählt von seinem Besuch im Farc-Camp eine Woche zuvor. Die Guerilla hielt ihre X. Konferenz ab, die letzte unter Waffen, Vertreter aller möglicher Gruppen waren dazu ins Hinterland eingeladen, 600 Journalisten kamen. „Guerilla-Woodstock" haben es Medien getauft. Einstimmig sprachen sich die 200 Delegierten für das Friedensabkommen aus. Der Mann wischt ein paar Bilder auf seinem Smartphone durch. Eines habe er bemerkt, sagt er: „Die Farc-Kämpfer sind müde vom Krieg."

Granada war über viele Jahre im Zentrum des Bürgerkriegs, kaum ein Ort hatte darunter so zu leiden, Granada wurde fast zerstört. In den 80er Jahren kamen erst die ELN-Guerilla, dann die Farc, die Paramilitärs, wenige Wochen vor dem Autobombenanschlag massakrierten sie 19 Menschen. Immer wieder rückten die Soldaten der Armee an. Um Erfolge beim Kampf gegen die Guerilla vorzutäuschen, brachten sie unschuldige junge Männer um, die sogenannten *Falsos positivos*.

Knapp zwei Stunden braucht man mit dem Bus von Medellín hierher, das letzte Stück führt in ein Tal. Ein Erdrutsch, Bauern ernten am steilen Hang Kartoffeln.

Gut 3.000 Menschen wohnen hier, an der Hauptstraße stehen neue Häuser aus Backstein. Die Sonne scheint, es sieht alles ziemlich friedlich aus. Über der Straße hängen weiße Transparente: „Sí" steht darauf in blauer Schrift. „Weil wir in Frieden besser leben".

Gloria Elsy Quintero versucht die Leute im Ort zu überzeugen, mit „Ja" zu stimmen. Weil dann die Guerilleros ihre Waffen abgeben; meistens nennt sie nur dieses Argument.

Sie findet auch gut, dass eine Wahrheitskommission gebildet werden soll, dass Versöhnung im Mittelpunkt steht. „Ich habe den Mördern meines Bru-

Claudia López Foto: S. Erb

ders vergeben", sagt sie. Sie ist sich sicher, dass es Paramilitärs waren. „Dass all das nicht noch einmal passiert", sagt sie, „das ist doch das Wichtigste."

Das ist auch der Grundpfeiler für juristische Aufarbeitung. Wer seine Verbrechen zugibt und Reue zeigt, kommt mit einer vergleichsweise geringen Strafe davon: maximal acht Jahre. Es gibt keine Haftstrafen, die Verurteilten können Wiedergutmachung leisten: Minen räumen, Straßen bauen, Elektromasten errichten. Nur bei Verweigerung oder überführter Lüge werden sie vor ein ordentliches Gericht gestellt. Viele in Granada haben damit ihre Probleme: Wieso sollen die Täter so läppisch davonkommen?

Ziemlich genau an der Stelle, an der vor 16 Jahren die Autobombe explodierte, sitzen zwei Männer an einem Café-Tisch. Ende 50 der eine, Anfang 70 der andere. Wie fast alle in Granada hatten sie unter dem Konflikt zu leiden. Ein Bruder ermordet, ein Cousin wurde zum *Falso Positivo*. Und immer war da die Angst, dass man zwischen die Fronten gerät.

Das Abkommen ist schlecht gemacht, sagt der Ältere. Wie kann es sein, dass die Farc einfach so Sitze im Parlament bekommt?, der Jüngere. Sie sind sich einig: Ja zum Frieden, nein zum Abkommen. Eine Frau gesellt sich dazu. Dass sich alles nicht wiederholt, fragt sie, wer will uns das bitte garantieren?

Donnerstag dieser Woche, Samuel Hoyos macht Straßenwahlkampf in Kennedy, einem Stadtteil im Süden von Bogotá, 1,5 Millionen Menschen wohnen hier. Er hat ein weißes T-Shirt über das Hemd gezogen, darauf ein fettes „No" in einem Kreis in den Nationalfarben. In der Hand hält er gelbe Flugblätter, auf denen angeprangert wird, dass zu viel Steuergeld für die Exguerilleros ausgegeben werde. „Wache auf, Kolumbianer!!!"

Samuel Hoyos ist 32 Jahre alt. Er ist zwar als Privilegierter aufgewachsen, so sagt er es selbst, aber vom Konflikt bekam auch er viel mit. Väter von Freunden wurden getötet oder entführt, in der Schule waren Übungen für den Fall eines Bombenanschlags Routine. „Ich habe gesehen, wie Álvaro Uribe das Land verändert hat", sagt Hoyos. Zum Positiven, wie er meint.

Seit zwei Jahren sitzt er für den Centro Democrático im Repräsentantenhaus. Das ist die Partei des Expräsidenten Uribe, unter dem Santos Verteidigungsminister war und von dem er sich dann abgesetzt hat. Sie ist die einzige im Kongress, die sich gegen das Friedensabkommen ausspricht.

Auf der Straße läuft es nicht so gut. Ihr seid falsch informiert, schimpft ein Mann. Ihr lügt, sagt ein anderer, das Geld wird nicht aus Steuermitteln genommen, ich habe alle 297 Seiten gelesen. Und eine Frau sagt schlicht: Ich stimme für „Ja". „Die schöne Friedensbotschaft lässt sich gut verkaufen", sagt Hoyos, „Aber die Wahrheit ist: Das Abkommen kommt nur Kriminellen zugute."

Er hat in diesen Tagen einen Termin nach dem anderen. Er hat ein Radiointerview für „Die Stunde der Wahrheit" gegeben, eine Onlinekolumne geschrieben, mit Parteifreunden zu Mittag gegessen, Schweinskotelett mit Kartoffeln, ein kleines Bier. Nach dem Essen nimmt sich der Geschäftsführer eines Büromöbelherstellers Zeit. Samuel Hoyos freut sich, als er von großen Bedenken der Unternehmer mit dem Abkommen berichtet. Sie sind sich einig, dass die Ja-Seite staatliche Mittel missbraucht. Und dann kommt das Gespräch wieder auf Venezuela.

Die Uribe-Leute beschwören in diesen Tagen gern das Schreckensszenario von einem „Castro-Chavismus". Tritt der Vertrag in Kraft, werde alles bald so schlimm wie in Venezuela und der Farc-Chef demnächst Präsident.

Problem Drogenhandel

Manche Punkte der Nein-Sager sind so falsch oder so übertrieben, dass es nicht mehr um echte Bedenken gehen kann, sondern um andere Interessen, und sei es nur ein vorgezogener Wahlkampf. Zwar ist das Ansehen der Guerilla im Zuge der Verhandlungen gestiegen. Aber sie ist immer noch weit davon entfernt, eine Mehrheit hinter sich zu versammeln.

Bei anderen Aspekten haben die Gegner des Friedensvertrags überraschende Unterstützer. Auch Human Rights Watch kritisiert die Übergangsjustiz mit deutlichen Worten. Er habe „ernsthafte Vorbehalte", schrieb der Leiter der Amerikaabteilung. Es drohe Straflosigkeit, die den Friedensprozess in Gefahr bringt, so sieht es die Menschenrechtsorganisation.

Vor einem Einkaufszentrum redet Samuel Hoyos freundlich auf einen Mann ein, der vor ihm stehen geblieben ist. „Wollen Sie wirklich, dass jemand, der Kinder rekrutiert, keinen einzigen Tag ins Gefängnis muss?"

Das größte Problem Kolumbiens ist für ihn der Drogenhandel. Samuel Hoyos glaubt, dass die Farc das größte Drogenkartell der Welt ist.

Samuel Hoyos Foto: S. Erb

Wie genau die Farc in den Drogenhandel verstrickt ist, wird sehr unterschiedlich eingeschätzt. Klar ist, dass die Guerilla daran eine Menge verdient, mit einer Art Steuer. Eine direkte Beteiligung an der Produktion und Handel hat sie immer bestritten. Im Abkommen wird das Drogengeschäft zu den „politischen Delikten" gezählt und kann daher straffrei ausgehen. Die Farc glaubt, dass die Geschichte sie freisprechen wird.

Aber sie hat auch Zugeständnisse gemacht. Sie hat nicht mehr – wie bei der vorigen grandios gescheiterten Verhandlung – auf eine sofortige Veränderung des Wirtschaftsmodells gedrängt, sie erkennt Land im Privatbesitz an. Aber, so betonte es auch Farc-Chef Londoño am Montag in Cartagena: „Niemand hat seine Ideen aufgegeben." Nur die Mittel, die sollen sich ändern.

Der nächste Termin an diesem Nachmittag führt Samuel Hoyos in den Parque nacional, vor das Denkmal des Nationalhelden Rafael Uribe Uribe. Ein paar Dutzend Menschen haben rosa und blaue Luftballons in der Hand, bedruckt mit „No".

Wen man auch fragt, die Leute sagen wie Hoyos: Man müsse bestimmte Punkte des Abkommens neu verhandeln. Nur: Es wird nicht neu verhandelt, wenn das „Nein" gewinnt. Das hat Präsident Santos ausgeschlossen. Und ob die Farc plötzlich bei jenen Punkten nachgibt, die ihr besonders wichtig sind, politische Beteiligung und Übergangsjustiz? Nur deshalb haben sie sich an den Verhandlungstisch gesetzt. Weil sie noch stark genug war, etwas durchzusetzen.

Ein Mann bleibt stehen, streckt die Rechte in die Luft und ruft „Sí a la Paz!" Andere stimmen mit ein. Auf einmal stehen sich Befürworter und Gegner des Abkommens schreiend gegenüber. Ein Polizist nähert sich ein paar Schritte und überlegt, ob er dazwischengehen soll.

In Medellín sitzt Claudia López jetzt in einem schwarzen SUV mit getönten Scheiben. Es geht Richtung Flughafen. Ein Motorrad mit zwei Polizisten fährt hinterher. Sie sind spät dran. Bis zum Schluss wird sie noch durchs Land fliegen und diskutieren. Für die Farc, sagt Claudia López nachdenklich, sei es relativ einfach, die Abmachungen zu erfüllen. „Sie haben sechs Monate, um ihre Waffen abzugeben. Wir haben zwei Jahre für die Zerstörung der Kokapflanzen und zehn Jahre, um all die anderen Pläne umzusetzen", sagt sie. Zehn Jahre, um ein neues Land aufzubauen. Ein gerechteres Land, das keinen ausschließt. Ein Land in Frieden.

Sebastian Erb, 32, ist Redakteur der taz.am wochenende.

Sí
„Ich habe den Mördern meines Bruders vergeben. Dass all das nicht noch einmal passiert, das ist doch das Wichtigste"
GLORIA ELSY QUINTERO

52 Jahre Bürgerkrieg

Die Farc: Die „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee" (Farc-EP) wurden 1964 gegründet und haben heute nach eigenen Angaben noch 5.756 Kämpfer. Zudem geht man von weiteren rund 8.000 Aktivisten aus.

Der Konflikt: Der Kampf der marxistisch-leninistischen Farc-Guerilla gegen Armee und rechte Paramilitärs war einer der am längsten währenden Bürgerkriege der Welt. Mindestens 340.000 Menschen starben in den vergangenen 52 Jahren, die meisten waren Zivilisten. 6 Millionen der rund 48 Millionen Einwohner Kolumbiens sind Binnenvertriebene, nur in Syrien gibt es mehr. Nach wie vor ist mit der ELN eine kleinere Guerilla in Kolumbien aktiv.

Das Abkommen: Vier Jahre dauerten die Verhandlungen, der Friedensvertrag besteht aus sechs Kapiteln mit 297 Seiten. Er regelt nicht nur die Entwaffnung, die politische Beteiligung der Farc und eine Übergangsjustiz, sondern soll auch das Drogenproblem bekämpfen und die ländliche Entwicklung vorantreiben.

Die Volksabstimmung: Damit das Abkommen in Kraft treten kann, reicht nicht die Mehrheit allein. Am Sonntag müssen mindestens 13 Prozent der knapp 35 Millionen Wahlberechtigten mit „Ja" stimmen (das sind genau 4.536.922 Personen).